

II=2232 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1155 N

1981 -04- 10

A N F R A G E

der Abgeordneten DR.FRISCHENSCHLAGER, DR.HAIDER
an die Bundesregierung
betreffend Novelle zum Salzburger Landesbeamtengesetz - Antrag-
stellung der Bundesregierung gemäß Art.140 B-VG

Der Salzburger Landtag hat am 25.3.1980 gegen die Stimmen der FPÖ-
Fraktion eine Novelle zum Salzburger Landesbeamtengesetz beschlossen,
die in der Folge von der Bundesregierung beeinsprucht wurde, und zwar
unter anderem wegen der gleichen verfassungsrechtlichen Bedenken, wie
sie zuvor schon von freiheitlicher Seite geltend gemacht worden waren.

Nachdem der Landtag am 2.7.1980 - wiederum gegen die Stimmen der FPÖ-
Abgeordneten - einen Beharrungsbeschluß gefaßt hat, ist das in Rede
stehende Landesgesetz mit 1.8.desselben Jahres in Kraft getreten.

Unter Bezugnahme auf ein von der freiheitlichen Fraktion im Salzburger
Landtag über den Herrn Bundeskanzler an die Bundesregierung gerichtetes
Ersuchen, im gegenständlichen Zusammenhang den Verfassungsgerichtshof
anzurufen, richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesregierung
die

A n f r a g e :

1. Beabsichtigt die Bundesregierung, bezüglich der am 1.8.1980 in Kraft
getretenen Novelle zum Salzburger Landesbeamtengesetz eine Antragstellung
beim Verfassungsgerichtshof gemäß Art. 140 B-VG?
2. Wenn nein: Wie wird dies im einzelnen begründet?